

Protokolleintrag vom 18.06.2014

2014/201

Erklärung der GLP-Fraktion vom 18.06.2014:

Entscheid des Kantons zur Erweiterung des geplanten Polizei- und Justizzentrums (PJZ) und zur weiteren Teilnutzung des Kasernenareals

Namens der GLP-Fraktion verliest Gian von Planta (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Stadtrat muss beim Kanton intervenieren

Die Grünliberalen der Stadt Zürich verurteilen das Vorgehen des Regierungsrates im Projekt PJZ auf das Schärfste. Wie der Regierungsrat in seiner Medienmitteilung vom 12. Juni 2014 festhält, sollen nicht alle Abteilungen am Standort des neuen PJZ zentralisiert werden. Damit bricht die Kantonsregierung ihr Versprechen, dass mit dem Bau des PJZ das Kasernenareal für die Bevölkerung zur Nutzung freigegeben werden soll.

Die glp hat das Vorhaben PJZ von Beginn an abgelehnt, weil es unwirtschaftlich ist und eher regierungsrätlichem Prestigedenken als praktischen Überlegungen dient. Die Bevölkerung des Kantons und insbesondere die Bevölkerung der Stadt Zürich wurden dabei mit der Aussage dass nur eine Zustimmung zum PJZ zur Freigabe des Kasernenareals führen könne, zu einem Ja an der Urne genötigt. Dass jetzt – bloss 3 Jahre nach dieser Abstimmung – plötzlich ein erhöhter Platzbedarf existiert, zeugt entweder von Inkompetenz in der Planung oder bewusster Irreführung der Zürcherinnen und Zürcher.

Die Grünliberalen verlangen von der Regierung, dass sie die Detailplanung des PJZ dergestalt in die Hand nimmt, dass keine kantonalen Dienstabteilungen mehr im Kasernenareal verbleiben und keine neuen hinzukommen. Das Kasernenareal muss der Bevölkerung zur Nutzung freigegeben und das Beteiligungsverfahren "Zukunft Kasernenareal Zürich" ohne Verzögerungen fortgesetzt werden.

Wir fordern den Stadtrat auf, die Interessen der Stadtzürcher Bevölkerung mit Nachdruck beim Kanton zu vertreten. Die glp hat deshalb heute ein entsprechendes Postulat eingereicht.